

Tarifverhandlungen der BVG gescheitert - Warnstreik droht!

Tarifverhandlungen bei der BVG gescheitert: Verdi plant unbefristeten Warnstreik. Neue Forderungen und Schlichtungsgespräche stehen an.

Berlin, Deutschland - Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind gescheitert. Dies teilte die Gewerkschaft Verdi am Freitag mit, nachdem die Verhandlungen nach 40 Tagen und sechs Runden ergebnislos endeten. Verdi bereitet nun unbefristete Warnstreiks vor, die ab dem 26. März beginnen sollen und Auswirkungen auf U-Bahnen, Straßenbahnen sowie die meisten Linienbusse in Berlin haben werden. Die Gewerkschaft kündigte außerdem an, dass eine Urabstimmung über unbefristete Streikmaßnahmen vom 26. März bis zum 4. April stattfinden wird.

Verdi fordert eine monatliche Gehaltserhöhung von 750 Euro, 300 Euro Fahrdienstzulage, 200 Euro Schichtzulage sowie ein 13. Monatsgehalt. Die BVG hat in ihrer letzten Offerte eine stufenweise Lohnerhöhung von 375 Euro über einen Zeitraum von 24 Monaten sowie ein Weihnachtsgeld von 200 Euro angeboten. Laut BVG ist diese Offerte mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 13,6 Prozent in zwei Jahren für alle Mitarbeiter ein angemessener Vorschlag, den Verdi jedoch ablehnte.

Vorbereitungen auf den Streik

Die Gewerkschaft hat bereits vier Warnstreiks in diesem Jahr organisiert. Die BVG versucht, weiteren Arbeitskämpfen durch

einen Schlichtungsvorschlag entgegenzuwirken. Gespräche könnten in der kommenden Woche beginnen, jedoch muss Verdi diesem Vorschlag zustimmen, da Arbeitskämpfe während des Schlichtungsverfahrens in der Regel ausgeschlossen sind.

Der Druck auf die BVG wächst: Laut Verdi gibt es keine signifikanten Fortschritte in den Verhandlungen, und die Forderungen an die BVG

werden als unrealistisch betrachtet. Die BVG sieht jedoch ebenfalls einen Nachholbedarf, hält die Forderungen der Gewerkschaft aber für nicht finanzierbar.

Nächste Schritte und Reaktionen

Der nächste Verhandlungstermin ist für den 10. April anberaumt. Gewerkschaftsvertreter sind optimistisch, dass mindestens 75 Prozent der an der Urabstimmung teilnehmenden Mitglieder für einen Erzwingungsstreik stimmen werden. Ein fehlerhafte Reaktion könnte dazu führen, dass es erneut zu massiven Störungen im öffentlichen Nahverkehr kommt.

Der Fahrgastverband IGEB hat bereits Entschädigungen für BVG-Nutzer gefordert und spricht sich für verbindliche Notfahrpläne für zukünftige Streiks aus. Während die Diskussion über die Tarifverhandlungen in Berlin tobt, laufen auch in anderen Bereichen Deutschlands die Tarifverhandlungen an. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di plant, die Arbeitskampfmaßnahmen vor der Bundestagswahl auszuweiten, was auch KITAS, Nahverkehr und Müllabfuhr betreffen könnte. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Auseinandersetzungen über angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen weiterhin an Intensität gewinnen.

[rbb24] berichtet, dass Verdi in den letzten Verhandlungen einen klaren Standpunkt bezogen hat, um den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden. Ferner hebt [Berliner Zeitung] hervor, dass die Gewerkschaft auf eine angemessene Reaktion

des Arbeitgebers hofft. Währenddessen machen [Tagesschau] die angespannten Verhältnisse in der gesamten Branche deutlich, die auch vor anderen öffentlichen Dienstleistungen nicht haltmachen.

Details	
Vorfall	Warnstreik
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.berliner-zeitung.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de